

**BILDUNGSKOALITION**  
der Nicht-Regierungsorganisationen

Standpunkte

Bildungsoffensive  
für den Atomausstieg und die Energiewende

29. August 2011

## **Der Atomausstieg erfordert eine Ausbildungs- und Informationsoffensive**

*Zivilgesellschaft und Politik peilen die Energiewende an: Energieeffizienz und erneuerbare Energien können den Atomausstieg ermöglichen. Welchen Beitrag hat das Bildungswesen insgesamt, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, die (Energie-) Forschung, die Information der Bevölkerung sowie die Energie- und Konsumentenberatung zu leisten? Die Bildungskonkalition der Nicht-Regierungsorganisationen macht Vorschläge.*

Die Energiewende stellt verschiedene Politikbereiche vor neue Herausforderungen, darunter das Bildungswesen. Denn der energiepolitische Richtungsentscheid nach der AKW-Katastrophe in Fukushima hat Folgen: Der Bundesrat will die bestehenden Atomkraftwerke am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer abschalten. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, strebt der Bundesrat mit der neuen Energiestrategie 2050 verstärkte Einsparungen (Energieeffizienz) und den Ausbau der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien an. Falls nötig will er auch fossile Stromproduktion (Wärme- und KWK-Anlagen, Gaskombikraftwerke) und Importe vermehrt nutzen. Weiter gehört zur Strategie, die Stromnetze zügig auszubauen und die Energieforschung zu forcieren.<sup>1</sup> Welchen Beitrag leistet die Bildung dazu? Im Zusammenhang mit Fukushima haben die Schweizer Umweltverbände einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, um den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2025 zu schaffen. Sie betonen die Notwendigkeit einer nationalen Ausbildungsoffensive für Fachleute sowie einer Informationsoffensive für KonsumentInnen.<sup>2</sup>

### **Lernen für die Energiewende als Thema auf allen Bildungsstufen**

Bildung, Forschung und Innovation sollen den Atomausstieg wesentlich unterstützen. Der Atomausstieg erfordert ein nachhaltiges Energiewissen und -handeln auf allen Bildungsstufen. Es nutzt dabei das Potential der ausserschulischen Jugendarbeit für Energieprojekte von Kindern und Jugendlichen. Energiewissen ist über technische Fragen hinaus in Verbindung mit den Themen Wirtschaft, Konsum, Demokratie, Ethik sowie globaler Entwicklung zu behandeln. Lernen für eine Energiewende leistet zudem einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und stärkt die Märkte in Cleantech und grüner Wirtschaft.

Eine nationale Ausbildungs- und Informationsoffensive zum Atomausstieg, wie sie die Umweltverbände fordern, beinhaltet aus Sicht der Bildungskonkalition der Nicht-Regierungsorganisationen eine breite Verankerung in folgenden Bildungsbereichen:

#### **1 Primarschule, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II (gymnasial)**

Erfahrungen mit neuen erneuerbaren Energien sowie der effiziente nachhaltige Umgang mit Energie und Mobilität sind in den relevanten Lehrplänen (Lehrplan 21, Plan d'études Romand PER, Rahmenlehrplan Berufsmaturität, kantonale Fachlehrpläne auf gymnasialer Stufe usw.) zu verankern. Die Kantone lancieren gemeinsam das Projekt „Solargeneration“, damit Schülerinnen und Schüler mit dem Bau von Solaranlagen auf Schulbauten Erfahrungen sammeln können. Zudem gilt es, Energieerleben zu fördern und die Schule als Lernort in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Energiestädten und der Bevölkerung aktiv zu nutzen.

**Geschäftsstelle:**

**Bollwerk 35 · 3011 Bern · Tel. (+41) (0)31 311 16 02**

E-Mail: [info@bildungskonkalition.ch](mailto:info@bildungskonkalition.ch) · Web: [www.bildungskonkalition.ch](http://www.bildungskonkalition.ch)

## **2 Berufsbildung (berufliche Grundbildung und höhere Berufsbildung)**

Energierrelevante Berufe (wie z.B. Elektroplaner/-innen und Elektro-Projektleiter, Sanitärberufe, Klima- und Kältetechnikberufe, Polybauberufe u.a.) sind mit Vertiefungsrichtungen in erneuerbaren Energien und Energieeffizienz stufengerecht (berufliche Grundbildung, höhere Berufsbildung und höhere Fachschulen) aufzuwerten.

Solarfachleute sind als neues Berufsbild in der höheren Berufsbildung (Berufsprüfung, höhere Fachprüfung und höhere Fachschulen) zu etablieren und durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT anzuerkennen.

Im Allgemeinbildenden Unterricht (ABU) der beruflichen Grundbildung sind erneuerbare Energien, Energiekonsum und nachhaltige Mobilität in den Schullehrplänen aller Berufsfachschulen verbindlich zu verankern. Ein nationales Programm „Solargeneration in der Berufsbildung“ mit Projektmitteln des BBT für Berufsreformen soll Handlungs- und Erfahrungswissen an Berufsfachschulen und in überbetrieblichen Kursen (ÜK) speziell fördern.

## **3 Hochschulen (Uni, FH, PH)**

In der Lehre von Hochschulen (ETH, Universitäten und FH) sind Curricula von energierelevanten Studiengängen wie Architektur, Ingenieurwesen, Physik, Informatik und andere auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien („Bildungs-Check Energiezukunft“) zu überprüfen und nachhaltig auszurichten.

Bei Pädagogischen Hochschulen sind Fragen zur nachhaltigen Energieversorgung und -verwendung systematisch in die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer auf allen Stufen zu integrieren (Projekt „Aktionsplan BNE“ der Schweizerischen Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen COHEP).

Studentische Initiativen zu nachhaltigen Energieprojekten sind mit projektgebundenen Beiträgen an Hochschulen zu unterstützen.

Der Hochschulbetrieb soll zur Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbaren Energien im Hochschulareal mit Meilensteinen und hohen ökologischen Zielvorgaben im Rahmen der nationalen Bauinvestitionsbeiträge und der kantonalen Leistungsaufträge verpflichtet werden.

## **4 Forschung und Innovation**

Bundesmittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI 2013-2015) müssen von der Förderung nicht-nachhaltiger BFI-Politiken hin zu Clean- und Greentech-orientierter BFI gelenkt werden. Das Leitbild der nachhaltigen Hochschulen ist in der BFI-Strategie 2013-2015 des Bundesrates festzuhalten.

Der Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist in allen Cleantechfeldern (nachhaltige Mobilität, Hoch- und Tiefbau, Ernährung, Wasser-/Abwasserversorgung, neue erneuerbare Energien wie Solar, Wind, Geothermie, Biomasse u.a.) substantiell auszubauen. Energierrelevante Fragestellungen sollen ebenfalls aus geistes- und sozialwissenschaftlicher Sicht beleuchtet werden.

Die Energieforschung soll in Einklang mit Szenario IV des BFE von den gesamten öffentlichen Energie-Forschungsmitteln 35 % für Energieforschung, 45 % für die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz und 10 % für Risiko- und Abbauforschung über AKWs einsetzen.

**Geschäftsstelle:**

**Bollwerk 35 · 3011 Bern · Tel. (+41) (0)31 311 16 02**

E-Mail: [info@bildungskoalition.ch](mailto:info@bildungskoalition.ch) · Web: [www.bildungskoalition.ch](http://www.bildungskoalition.ch)

**5 Weiterbildung**

Im neuen Weiterbildungsgesetz sind Kurse und Veranstaltungen zu erneuerbaren Energien (Energieapéros, 2000-Watt-Gemeindekurse, Solar-Quartierveranstaltungen, Solarkurse u.a.) als „besonderes öffentliches Interesse“ finanziell zu fördern.

**6 Ausserschulische Jugendarbeit**

EnergieSchweiz, die kantonalen Erziehungsdirektionen, die ausserschulische Jugendarbeit und die Jugendförderung sollen Energieprojekte wie Jugendsolprojekte, Solargeneration und andere Initiativen stärker mittragen, unter anderem mit einem nationalen Programm „Solargeneration“, das die aktive Mitwirkung von Jugendlichen zur Energiewende unterstützt.

**7 Information und Beratung in Gemeinden, Städten und Regionen**

Die Förderung der 2000-Watt-Gesellschaft wird zur Energiepolitik der Städte, Regionen und Gemeinden. Sie sollen eine Vorreiterrolle übernehmen, da der Endenergiebedarf wesentlich insbesondere durch die Qualität der öffentlichen Infrastruktur, etwa bei Strassen, Bahnhöfen, Verwaltungsgebäuden, Schulen usw., bestimmt wird. Das Gemeindeprogramm der 2000-Watt-Gesellschaft, die Förderung energieautarker Regionen sowie Projekte wie „100 Solardächer jetzt“ sind mit Information, Beratung und Gemeindekursen flächendeckend auszuweiten und fachlich zu unterstützen.

**8 Konsumentinformation**

Die Ausweitung der Stromdeklaration auf alle Geräte erfordert eine verbesserte Konsumenteninformation am Verkaufsort (Point of sale) sowie eine Schulung des Verkaufspersonals, namentlich im Bereich der Consumer Electronics. Die Ausbildung des Detailhandels in dieser Branche ist zu überprüfen, mit Markt-Checks in der Praxis periodisch zu beobachten und entsprechend zu verbessern.

- (1) Bundesamt für Energie BFE. Bundesrat beschliesst im Rahmen der neuen Energiestrategie schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. 25. Mai 2011.
- (2) WWF Schweiz et. al. Atomausstieg konkret. Potenziale, Massnahmen und Gewinne. 11. Mai 2011.

**Geschäftsstelle:**

**Bollwerk 35 · 3011 Bern · Tel. (+41) (0)31 311 16 02**

E-Mail: [info@bildungskoalition.ch](mailto:info@bildungskoalition.ch) · Web: [www.bildungskoalition.ch](http://www.bildungskoalition.ch)